

# In Laim dauert alles 30 Jahre und manches noch viel länger

Die endlose Geschichte des „Laimer Bürgerhauses“

von Josef Kirchmeier (Historischer Verein Laim e.V.)

Die erste Zeile des Titels ist ein Spruch, den der Laimer Bezirksausschussvorsitzende Josef Mögele gerne zitiert, wenn es um die Erfüllung von Wünschen der Laimer Bevölkerung durch die Stadtverwaltung geht. Der zweite Teil ist leider eine oft darüber hinausgehende Realität.

Der nachfolgende chronologische Ablauf erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Er soll aber zeigen, welcher Arbeitsaufwand von allen beteiligten Stellen, den Bürgern, der Politik und der Verwaltung, bereits geleistet wurde, ohne dass der eigentliche „bürgerschaftliche Anteil“ an dem „Mehrzweckgebäude an der Hogenbergstraße“ bis heute in Angriff genommen, geschweige denn fertiggestellt werden konnte.

Es ist der langgehegter Wunsch der Laimer Bürgerinnen und Bürger ein eigenes Heim für öffentliche Einrichtungen, aber auch für die örtlichen Vereine, zu bekommen. Wann die Diskussion erstmals entbrannte ist heute nicht mehr genau nachzuweisen. Aktenkundig wurde sie erstmals im Jahre **1975**.

Damals wurde bereits in der Bürgerversammlung vom **27. November 1975** der Antrag gestellt, im 25. Stadtbezirk – Laim ein eigenes Bürgerhaus zu errichten. Neben Außenstellen von Stadtbibliothek und Volkshochschule (VHS) sollte auch ein Mehrzwecksaal errichtet werden. Im Bericht über die damalige Bürgerversammlung taucht dieser Antrag zwar unverständlicher Weise nicht auf, dennoch befasste sich der Laimer Bezirksausschuss (BA) bereits am **22. Dezember 1975** mit diesem Antrag der Bürgerversammlung. Er schließt sich dem Bürgervotum voll inhaltlich an und stellt darüber hinaus sogar noch einen eigenen Antrag mit weiteren Forderungen.

Bei der Stadtverwaltung fiel ein solcher Antrag zunächst auf fruchtbaren Boden, denn schon am **24. Februar 1976** befasste sich der Kulturausschuss des Stadtrates mit einem Raum- und Funktionsprogramm für ein solches Haus und gab dem Planungsreferat grünes Licht aus kultureller Sicht für die Planung.

Zu diesem Raum- und Funktionsprogramm stellten Stadtrat Wolfgang Czisch am 9. April 1976 und der Bezirksausschuss am 12. April 1976 weitere Anträge (BA -Antrag Nr. 223 behandelt im Kulturausschuss am 29. Juni 1976).

Nachdem von Seiten der Stadt keine Reaktion erfolgte, stellte der Bezirksausschuss am **24. Februar 1977** erneut den Antrag, Abänderungen beim Programm vorzunehmen. Im Münchner Stadtanzeiger vom 19. April 1977 wurde über die Problematik des Laimer Bürgerhauses ausführlich berichtet.

Im Hinblick auf die Beibehaltung der Außenstelle Pasing der VHS befürchteten die Laimer Bezirksausschussmitglieder Nachteile für das Laimer Vorhaben. Der BA forderte daher nicht nur keine Reduzierung der Laimer Außenstelle der VHS, sondern auch noch einen Begegnungsraum im Bürgerhaus, zur Abwicklung des Seniorenprogramms der VHS und für sonstige Zwecke.

In einem neuerlichen Antrag vom **April 1977** hat der BA auch auf die Dringlichkeit der geplanten Stadtbibliothek und die Außenstelle der VHS hingewiesen und gefordert, dass die Projekte in die Dringlichkeitsliste I des Mehrjahresinvestitionsprogramms (MIP) aufgenommen werden. Auch die Bürgerversammlung des Jahres 1977 setzte sich erneut für die Verwirklichung des Bürgerhauses ein.

Am **3. Mai 1977** diskutierte der Kulturausschuss erneut über die vorliegenden Anträge zum Laimer Bürgerhaus. Jedoch erst am **20. August 1978** stand das Problem auf der Tagesordnung des Bauausschusses, der die Detailplanung und den Vorbescheid genehmigte. Im Vorbescheid waren die beantragten Räume enthalten. Die Erschließung der Tiefgarage sollte über die Hogenbergstraße erfolgen, da dort der übrige Verkehr am wenigsten behindert würde.

Das Bürgerhaus sollte ein fünfstöckiger Bau mit Flachdach werden und sich an das Karstadt-Kaufhaus anlehnen. Das 5. Obergeschoß sollte zur Fürstenrieder Straße hin abgesetzt sein. Im Anschluss an das Vordergebäude sollte ein zweigeschossiger Anbau errichtet werden. Nach dem damaligen Beschluss sollten in dem Bürgerhaus die Stadtbibliothek, die Meldestelle, die Bezirksinspektion und die Beratungsstelle des Sozialreferates untergebracht werden. An der Hogenbergstraße war nach einem Abbruch des Freibankgebäudes an ein zweigeschossiges Gebäude gedacht. Die Außenstelle der VHS war in einem eigenen Gebäude, aber zum Bürgerhaus gehörig, mit 2 Geschossen an der Kirchmairstraße geplant.

Diese Planung wurde in der Bürgerversammlung vom **23. November 1978** bekanntgegeben. Die Versammlung war mit dem Ablauf allerdings nicht zufrieden und verlangte eine Beschleunigung des Baus. Ein Laimer Bürger bezeichnete das Laimer Bürger- und Kulturzentrum als „Laimer Wolpertinger“, das zwar beschlossen sei, von Baumaßnahmen sei aber nichts zu sehen. Die SZ vom 28. November 1978 berichtete über diese Bürgerversammlung deshalb unter der Überschrift „**Bürgerzentrum – ein Laimer Wolpertinger**“.

Am **18. September 1979** stand das Projekt wieder auf der Tagesordnung des Kulturausschusses. Der Vortrag des Kulturreferenten Dr. Jürgen Kolbe begann wie folgt: „Das auf dem städt. Grundstück Ecke Fürstenrieder-/Hogenbergstraße geplante Laimer Bürgerhaus wird neben anderen Einrichtungen auch eine Stadtteilbücherei, eine Außenstelle der VHS und einen Mehrzwecksaal aufnehmen. Gemäß dem vom Kulturausschuss mit Beschlüssen vom 24. 2. 1976 und 3.7.1977 genehmigten Raum- und Funktionsprogramm sind an Nutzflächen für die Stadtbücherei rd. 1.050 qm, für die VHS-Außenstelle rd. 325 qm und für den Mehrzwecksaal rd. 150 qm vorgesehen“. Das Baureferat führte in einem Schreiben vom 10. August 1979 dazu bereits aus, dass verschiedene Flächen erweitert werden müssten. So wurde bereits der Wunsch des BA erwähnt, den Mehrzwecksaal für Veranstaltungen mit 200 Personen zu konzipieren, was eine Gesamtfläche von 290 qm (einschl. verschiedener Nebenräume) erfordern würde. Es wurden keine Einwände dagegen erhoben. Stadtrat Czisch machte aufgrund des Kulturausschussbeschlusses den Laimern die Zusage, dass das Bürgerzentrum, „**auf das die Laimer Bevölkerung schon zwanzig Jahre wartet**“, noch in seiner Amtszeit gebaut werde und er nicht locker lassen werde, bis der Bau steht. Er verwies dabei auf die bindende Zusage des Finanzausschusses, dass die Mittel sofort bei Baubeginn zur Verfügung stünden. Zuletzt befasste sich am **20. September 1979** auch der Bauausschuss nochmals mit dem Projekt, wobei die Projektgenehmigung mit Baukosten in Höhe von **19,949** Millionen DM erteilt wurde.

Selbst der Personalausschuss der Landeshauptstadt München befasste sich am **27. November 1979** mit dem Laimer Bürgerhaus, als es um Räume für die Bezirksinspektion ging, die im Zuge der damals geplanten Zusammenlegung der Stadtbezirke Laim und Schwanthalerhöhe dort untergebracht werden sollte.

In der Bürgerversammlung des Jahres **1979** berichtete der damalige BA-Vorsitzende Laurentius Pfäffl, dass sich der Bau durch Umplanungen etwas verzögern wird. Der BA hatte noch vorgeschlagen, den Mehrzwecksaal auf ein Fassungsvermögen von 200 Personen anstelle der bislang vorgesehenen 100 zu erweitern, damit auch größere Veranstaltungen dort stattfinden könnten. Mit der Ausschreibung für den Neubau wurde für **Anfang 1980** gerechnet.

Bereits am **6. Dezember 1979** war das Bürgerhaus erneut Thema des Bauausschusses. Auch in dieser Sitzung wurden der Bau und eine reduzierte Finanzmasse von **15,813** Millionen DM genehmigt. Im Finanzausschuss wurde dieser Beschluss allerdings abgesetzt bis ein Überblick über das MIP 1980 – 1984 vorliegt.

Dann allerdings trat die Karstadt AG von einer zwischenzeitlich geplanten gemeinsamen baulichen Nutzung der fraglichen Grundstücke zurück. Das veranlasste die Laimer Stadträte Clarita Bernhard und Sepp Brunner zu dem Antrag an den Oberbürgermeister "weitere Verfahrensschritte einzuleiten, damit durch die neu entstandene Situation keine unzumutbare Verzögerung der geplanten Baumaßnahmen zustande käme". Durch den Ausstieg der Fa. Karstadt sollte das Bauvolumen verkleinert werden auf eine Gesamtsumme von nur noch 8,5 Mio DM. Voraussetzung war allerdings eine neue Planung.

Erste Hiobsbotschaften kamen im **Frühjahr 1980**, als die Presse über die Finanzmisere der Stadt berichtete (SZ Nr. 101/1980). Die Stadt müsse das MIP um 80 Millionen DM kürzen. Unter den zur Streichung bzw. Kürzung vorgesehenen Projekten befand sich auch das Laimer Bürgerhaus. Vor der Fortschreibung des MIP 1980/84 Ende des Jahres werde das Bürgerhaus nicht mehr zur Diskussion stehen, so die Stadtverwaltung damals.

Am **13. November 1980** kam das Bürgerhaus in der Bürgerversammlung durch den BA-Vorsitzenden Pfäffl erneut zur Sprache und wiederum forderte die Versammlung die Stadt auf, das Projekt umgehend zu verwirklichen. Besonders erobost war die Versammlung, als bekannt wurde, dass das Projekt trotz aller Anträge und Bemühungen in Dringlichkeitsstufe II im MIP zurückgestuft worden war, und in das Gebäude jetzt auch noch die Polizeiinspektion 25 mit einziehen sollte.

Der Antrag der Bürgerversammlung wurde bereits am **27. Januar 1981** im Kultur-  
ausschuss behandelt und zur Kenntnis genommen. Geändert hat das aber am Ablauf  
der Verwirklichung nichts.

Am **9. Juni 1981** hat der BA den folgenden Antrag gestellt:

„Die Stadtverwaltung der Landeshauptstadt München wird aufgefordert, die  
Stadtteilbibliothek Laim im MIP 1981 – 1985 wieder in die Dringlichkeitsliste 1  
aufzunehmen. Der Finanzausschuss folgte am **9. Juli 1981** diesem allerdings nicht.

Am **26. Oktober 1981** stellte Stadtrat Czisch den Antrag, das Projekt aus Kostengründen  
in zwei Bauabschnitte aufzuteilen und die Stadtbücherei sowie die Außenstelle der VHS  
vorrangig zu errichten.

Bei einer Besichtigungsfahrt am **1. Dezember 1981** stellte Oberbürgermeister Kiesel fest,  
dass der Bau aus Geldmangel derzeit nicht errichtet werden könne.

Für das Bürgerzentrum selbst hat sich aber auch in den **Jahren 1982 und  
1983** nichts entscheidendes geändert.

Bis hierher beziehen sich die Daten und anderen Angaben weitgehend auf die „Laimer  
Chronik“ von Matthias L. Auer aus dem Jahre 1983 (vergriffen).

Am **22. Januar 1984** befasste sich der Kulturausschuss erneut mit dem Thema  
Bürgerhaus, das jetzt unter dem Titel „Neubau des Mehrzweckgebäudes Fürstenrieder-  
/Hogenbergstraße“ lief. Die Baukosten wurden zu diesem Zeitpunkt auf vorläufig 9,585  
Mio DM festgestellt.

Mit einem Nachtrag zum Raum- und Funktionsprogramm für die örtlichen  
Verwaltungsstellen befasste sich der Personalausschuss erneut am **10. April 1984**.  
Dabei ging es auch um einen eigenen Raum für den BA, in dem Vorbesprechungen,  
Ausschusssitzungen und Sprechstunden abgehalten werden sollten. Der Ausschuss  
stimmte der Vorlage des Personalreferenten Dr. Frieling einstimmig zu.

Im MIP 1984 – 1988 erschien das Projekt in Dringlichkeitsliste 1, mit einer Summe von 9,8 Mio DM. Dabei sah der 1. Bauabschnitt als städtische Nutzungen eine Stadtbücherei, die Bezirksinspektion und Meldestelle sowie eine Sozialberatungsstelle und als Fremdnutzung Wohn- und Gewerbeflächen vor. Im 2. Bauabschnitt sollten dann Räumlichkeiten für die Außenstelle der VHS und ein Veranstaltungssaal errichtet werden. Die VHS wurde später in den 1. Bauabschnitt vorgezogen.

Am **10. Januar 1985** berichtete die Süddeutsche Zeitung unter der Überschrift „Im Hochbau nicht mehr so hoch hinaus“ über ein Gespräch mit Baureferent Robert Langguth. Unter anderem berichtete die SZ: „Ein langjähriger Wunsch der Laimer Bevölkerung geht heuer mit dem Beginn der Arbeiten für das Bürgerzentrum an der Fürstenrieder-/Hogenbergstraße (Kosten 10 Millionen Mark) in Erfüllung“.

Die Projektgenehmigung für den 1. Bauabschnitt wurde noch im **Januar 1985** von der Vollversammlung des Stadtrats beschlossen. Die Baugenehmigung wurde im März erteilt, der Baubeginn erfolgte im Herbst des gleichen Jahres

Am **5. März 1985** beantragten Max Mühlbauer (heute Vorsitzender des Historischen Vereins Laim e.V.) und der Verfasser dieser Chronik (Beisitzer im Historischen Verein) als BA-Mitglieder in einem Dringlichkeitsantrag folgendes:

- 1) Der vorgesehene 2. Bauabschnitt des Mehrzweckgebäudes in Laim wird auf die im 1. Bauabschnitt vorgesehene ebenerdige „Freihandausleihe“ aufgesetzt.
- 2) Die planerischen Voraussetzungen sind so rechtzeitig zu erstellen, dass bei den Baumaßnahmen zum 1. Bauabschnitt die baulichen Notwendigkeiten für eine spätere Aufstockung vorgesehen werden können.

Dieser Antrag wurde von der Mehrheit des BA abgelehnt, erlebte aber ein lebhaftes Presseecho, insbesondere wegen der Tatsache, dass durch ein Nebeneinander von Bibliothek und Mehrzwecksaal große Flächen überbaut werden sollten, die als Grünflächen dann nicht mehr zur Verfügung stehen.

Dass diesem Antrag nicht gefolgt wurde, sollte sich in der Diskussion der kommenden Jahre als großer Fehler erweisen, da genau diese Problematik im Zusammenhang der nun laufenden Untersuchungen für den 2. Bauabschnitt aufgeworfen wurde.

Am **25. März 1985** schrieb der Münchner Merkur: „Im Herbst wird das Laimer Bürgerhaus in Angriff genommen – Veranstaltungssaal wird erst später gebaut“.

Im MIP 1985 – 1989 wurden in Investitionsliste I die Kosten auf nunmehr 9,340 Mio DM für den 1. Bauabschnitt festgeschrieben. Der Bauausschuss vom **19. September 1985** ging von einem Baubeginn Anfang Oktober 1985 und einer Fertigstellung zum April 1987 aus.

Das hohe örtliche Interesse und der mehrfach nachgewiesene Bedarf führten nun endlich zu einem **1. Bauabschnitt** unter dem Titel „**Mehrzweckgebäude an der Hogenbergstraße**“. Erleichtert wurde diese Maßnahme durch das Vorhandensein eines stadteigenen Grundstücks an der Fürstenrieder-/Hogenbergstraße. In diesem 1. Bauabschnitt wurden Räume geschaffen für

- eine Stadtbibliothek
- die Bezirksinspektion
- die Meldestelle
- die Münchner Volkshochschule und
- die Sozialberatung

Verwirklicht wurde also endlich die Planung vom August 1978.

Bereits vor Fertigstellung dieses 1. Bauabschnittes richteten der Verfasser dieser Chronik und langjähriges BA-Mitglied zusammen mit Laurentius Pfäffl einen Antrag an den Bezirksausschuss wegen der bereits damals erkennbaren räumlichen Enge, den 2. Bauabschnitt unmittelbar folgen zu lassen. Insbesondere wurden damals bereits zusätzliche Räume für die Stadtbibliothek und die MVHS, sowie Räume für Vereinsaktivitäten gefordert. Selbst der Stadtrat war dafür, eine Einarbeitung in das Nutzerbedarfsprogramm für den 2. Bauabschnitt zügig voranzutreiben.

Am **17. Oktober 1985**, also bereits vor Fertigstellung des 1. Bauabschnittes wurde im BA der Antrag gestellt, die Stadtverwaltung solle umgehend berichten, welche Vorstellungen hinsichtlich eines 2. Bauabschnittes des Laimer Bürgerhauses bestehen. Damals ging die Debatte stadtweit insbesondere über die finanzielle und personelle Ausstattung von Bürgerhäusern. Der damalige Antrag enthielt in seiner Begründung auch die Frage, ob das Laimer Bürgerhaus eine solche, personell gesteuerte Einrichtung werden solle.

„Laimer Bürgerhaus: Wer soll den Neubau nutzen?“ berichtete das Münchner Wochenblatt am **11. Dezember 1985**, nachdem zuvor schon am **26. November 1985** der Münchner Merkur über die BA-Sitzung unter dem Titel „Nutzung des Bürgerhauses Laim offen“ berichtet hatte.

Die CSU-Fraktion im BA stellte am **26. Mai 1986** den Antrag, beim 2. Bauabschnitt eine Gaststätte mit bewirtschaftetem Saal anstelle einer unbewirtschafteten Versammlungsstätte einzuplanen. Vorangegangen war eine Umfrage der Stadt bei Laimer Vereinen, wer einen solchen Saal, mit Eigenbewirtschaftung nutzen würde. Das Ergebnis war vorhersehbar gleich null. Als vergleichbares Objekt wurde der Pasinger-Postsaal angeführt.

Zum **10. August 1987** wurde der 1. Bauabschnitt seiner Bestimmung übergeben. Stadtbibliothek, VHS und die städtischen Dienststellen bezogen ihre neuen Räumlichkeiten an der Fürstenrieder Straße.

Mit der Frage der Gastronomie befassten sich in den folgenden Jahren verschiedene Gremien, so auch ein Unterausschuss des BA am **26. Februar 1988**. Dabei wurde festgestellt, dass ein Gastronomiebetrieb für die Bewirtschaftung des Veranstaltungssaals verantwortlich sein muss, wenn der jeweilige Nutzer eine Bewirtung wünscht. Ähnlich Forderungen stellte am **28. April 1989** der VdK – Ortsverband Neufriedenheim in einem Antrag an den BA.

Am **23. März 1990** stimmte der BA einem vom Kulturreferat vorgelegten Nutzerbedarfsprogramm für den 2. Bauabschnitt zu, stellte jedoch einige zusätzliche Forderungen. Während er die vorgesehenen Gruppenräume für ausreichend hielt, erhob er erneut die Forderung nach einem eigenen Raum für die BA-Arbeit.

Das Münchner Wochenblatt riss am **4. April 1990** die Laimer aus allen Träumen mit der Überschrift „Laim: Keine Chance für Bürgersaalträume?“ Damals hieß es erstmals entweder Interim oder Bürgerhaus. Zur Debatte stand damals noch, die sog. Interimskirche der russisch-orthodoxen Gemeinde zur Verfügung zu stellen. Dann hätte sich die Planung auf das Bürgerhaus konzentriert, bei einer kulturellen Nutzung des Interim hätte das für Laim ausreichen sollen.

Am **19. September 1991** forderte Laurentius Pfäffl unverzüglich konkrete Maßnahmen zur weiteren Planung des 2. Bauabschnitts einzuleiten und energisch weiterzuverfolgen. Gleichzeitig forderte er einen eigenen Archivraum für den Historischen Verein Laim e.V., der zwischenzeitlich bereits eine ganze Anzahl von Dokumenten gesammelt hatte, ohne sie entsprechend lagern bzw. präsentieren zu können.

Die SPD-Fraktion im BA beantragte in der gleichen Sitzung des BA den 2. Bauabschnitt im nächsten MIP zunächst bereits einmal in die Dringlichkeitsliste II aufzunehmen.

Diese Anträge wurden in der Oktobersitzung 1991 vom BA beschlossen und an die Stadtverwaltung weitergereicht.

Auch in der Sitzung am **4. Februar 1992** forderte der BA die unverzügliche Realisierung des 2. Bauabschnitts und eine Überprüfung, ob die fremdvermieteten Räume im 1. Bauabschnitt einer bürgernahen Nutzung zugeführt werden könnten.

Zur Realisierung der Fortschreibung des Nutzerbedarfsprogramms für den 2. Bauabschnitt kam es allerdings nicht mehr. Der Stadtrat stoppte **1992** generell den Neubau von Bürgerhäusern, sowohl aus finanziellen als auch aus inhaltlichen Gründen. Die Bürgerhauseuphorie war nach nur einigen errichteten Projekten zu Ende.

Gleichsam als Notlösung wurde dann doch die „vorhandene Bausubstanz an der Agnes-Bernauer-Straße 97“ für kulturelle Zwecke nutzbar gemacht durch eine Sanierung der sog. Interimskirche. Unter der Trägerschaft des „Bürgertreff Laim e.V.“ hatte sich dort in der Zwischenzeit ein reges kulturelles Leben entwickelt. Die starke Auslastung führte bereits zu Wartelisten, sodass eine Nutzung durch Laimer Vereine heute nur eingeschränkt und nach langfristiger Voranmeldung möglich ist.

Das Kulturprogramm des **Interims** wird vorwiegend von auswärtigen Künstlern geboten. Das ist nicht verwunderlich, da das Interim auch auf den wirtschaftlichen Erfolg des Betriebs dieser Stätte schauen muss, um überhaupt über die Runden zu kommen. Ein Ersatz für das gewünschte Bürgerhaus konnte und sollte das Interim von Anfang an nicht sein.

Mit dem Bau eines Gebäudes für die Arbeit der Laimer Vereine, das auch einen Veranstaltungssaal enthalten soll, soll ein Schwerpunkt geschaffen werden, der in erster Linie unmittelbar den kulturellen Aktivitäten der Laimer Bürgerschaft und ihrer Vereine und Institutionen dienen soll.

Die Notwendigkeit des beantragten 2. Bauabschnitts des Laimer Kulturzentrums (auch Bürgerhaus oder Mehrzweckgebäude genannt – der 1. Bauabschnitt heißt Mehrzweckgebäude an der Hogenbergstraße) wurde vom BA immer wieder mit nachfolgenden Gründen unterstrichen:

„Im Stadtteil Laim fehlen u.a. Versammlungsräume, Räumlichkeiten für ein nachbarschaftliches Treffen und die Möglichkeit eines Treffens im Sinne eines Vereinsheims in schmerzlicher Weise“.

Aktuell mussten in den vergangenen Jahren wiederholt Nebenzimmer in Gaststätten der gastronomischen Nutzung weichen, sodass sie für eine Nutzung durch die ortsansässigen Laimer Vereine nicht mehr zur Verfügung standen.

Es gibt mehrere Vereine, die einen Laimer Namen tragen, ihr Dasein aber in der „Diaspora“ fristen, so zum Beispiel

- die Schützengesellschaft Zwölf Apostel München-Laim e.V.
- der Faschingsclub Laim e.V.
- der Trachtenverein Geigerstoana München- Laim
- und der VdK Neufriedenheim.

Der Historische Verein Laim e.V. hat seit seiner Gründung in ehrenamtlicher Arbeit bereits ein beachtliches Archiv angesammelt, das derzeit nur unzureichend durch Privatinitiative untergebracht, aber der Öffentlichkeit nicht zugänglich ist. Auch dieser Verein braucht für seine Arbeit und sein Archiv dringend Räume.

Großveranstaltungen von Laimer Vereinen sind im Stadtviertel sowieso kaum durchführbar, sieht man von der Nutzung der Pfarrsäle ab, die aber auch weitgehend von den Kirchen für die eigene Arbeit benötigt werden.

Für den **18. Juli 1996** wurde vom Kulturreferat für den Kulturausschuss eine Vorlage erarbeitet, nach der alle vorliegenden Anträge zu einem Laimer Bürgerhaus als „geschäftsmäßig erledigt“ betrachtet werden sollten. Dabei ging die Verwaltung auf den 1992 erlassenen Baustopp für den Neubau von Bürgerhäusern ein. Nachdem sich in der Haushaltsslage angeblich keine Besserung abzeichnete, hielt es das Kulturreferat für sachgerecht, die langjährigen Verfahren förmlich durch eine entsprechende Beschlussfassung im Stadtrat zu beenden. Diese Vorlage wurde im Ausschuss mehrmals vertagt.

Erst am **7. Oktober 1997** wurde vom Kulturreferat dem BA eine entsprechende Vorlage zugeleitet. Der BA hat sich gegen diese Absicht allerdings vehement gewehrt, sodass alle Forderungen bis heute auf dem Tisch liegen.

Ein Beschluss des Kulturreferates zur Fortentwicklung der Stadtteilarbeit in München brachte **Mitte 2000** wieder Bewegung in das Vorhaben. Plötzlich war wieder die Rede davon, dass die Schaffung kultureller Infrastruktur ein wichtiger Beitrag zur urbanen Lebenswelt dieser Stadt und zur Emanzipation der Unselbständigen und Benachteiligten sei. Die Errichtung von Bürgerhäusern diene zur Herstellung von Chancengleichheit. In der dem damaligen Beschluss beiliegenden Liste war das Bürgerhaus Laim allerdings nicht enthalten, da es wie andere Bürgerhauswünsche den Grad der Konkretisierung noch nicht erreicht hatte, der eine Aufnahme in die damalige Liste erforderlich gemacht hätte.

Und das nach inzwischen 25 Jahren ständiger Anträge und Beschlussfassungen im Stadtrat!

Eine kurzfristige schriftliche Umfrage bei den Laimer Vereinen und Gruppen brachte im **September 2001** schwerpunktartig folgenden dringenden Bedarf:

- ein großer Veranstaltungsraum
- Versammlungsräume für Vereine und Gruppen
- Übungsstätten für Musik- und Theatergruppen
- Vereins- und Pausengastronomie
- Lagermöglichkeiten, Büro – und Arbeitsräume

Schließlich vermisste der Bezirksausschuss Laim selbst Räume für seine eigenen Sitzungen, aber auch für die Abhaltung von Einwohner- bzw. Bürgerversammlungen. Für die Besprechungen des BA-Vorstandes, oder dem Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern stehen nur die Räume der Bezirksausschussgeschäftsstelle (derzeit in Pasing, früher in Neuhausen) zur Verfügung.

Infolge einer innerstädtischen Organisationsreform wurde die Meldestelle, die im ersten Stock des Gebäudes untergebracht war, zum **1. Januar 2004** nach Pasing verlagert. Gleichzeitig wurde auch die Sozialberatung anderweitig untergebracht. Der BA beantragte am **13. Januar 2004** die freiwerdenden Räume nicht fremd zu vermieten. Er unterstützte die Bestrebungen der Stadtbibliothek diese Räume über eine interne Treppe zu erschließen und damit die Fläche für die Laimer Stadtbibliothek zu erweitern, wie schon seit Jahren gefordert wurde. Leider konnte sich die Stadtratsmehrheit diesem Wunsch zunächst nicht anschließen. Vielmehr sollte versucht werden für diese Räume einen externen Mieter zu finden. Bei den zahlreichen freien Gewerberäumen in Laim ein sinnloses Unterfangen.

Erst mit mehr als zweijähriger Verzögerung wurden diese Räume letztendlich doch der Stadtbibliothek zugeschlagen. Damit konnte im **Oktober 2006** der Umbau beginnen und gleichzeitig mit der Einführung der Selbstverbuchung durchgeführt werden. In den ehemaligen Räumen der Meldestelle im ersten Stock wurde eine Kinder- und Jugendbibliothek eingerichtet, die am **26. April 2007** eröffnet werden konnte.

Damit war für Laim wieder ein wichtiger Schritt getan, in der Angelegenheit „Bürgerhaus“ hat sich aber erneut nichts bewegt. Wiederum verging eine geraume Zeit bis sich in dieser Frage wieder Aktivitäten ergaben.

Schon vorher stellte der BA am **7. November 2006** nachstehenden Antrag:  
„ Der Bezirksausschuss Laim fordert die Landeshauptstadt München auf, die Planung für den so genannten zweiten Bauabschnitt des Kulturellen Zentrums Laim am Standort Fürstenrieder-/Hogenbergstraße im Verein mit dem Bezirksausschuss beschleunigt zu betreiben und die hierfür vorgesehenen Mittel in Investitionsliste 1 des Mehrjahresinvestitionsprogramms (MIP) einzustellen“ .

Als Begründung wurden die seit Jahren sattem bekannten Argumente zum wiederholten Male aufgeführt.

Geholfen hat auch das wiederum nichts, im **MIP 2008 – 2012** war das Laimer Wunschvorhaben nur noch in Investitionsliste 3 enthalten (nach dem internen Sprachgebrauch der Stadtverwaltung „die Spielwiese“).

Allerdings wurde im Kulturausschuss vom **5. Juni 2008** festgehalten, dass das Schulreferat angesichts der Bedarfssituation in Kindergarten- und Krippenbereich in Abstimmung mit dem Sozialreferat, dem Planungs- und dem Baureferat untersuchen lässt, ob auf diesem Gelände die Errichtung einer Kooperationseinrichtung möglich ist.

Das Ergebnis dieser Machbarkeitsstudie, und damit die Angaben über mögliche Flächen für die kulturelle und bürgerschaftliche Nutzung, sind bis heute nicht bekannt.

Zuvor schon waren Pläne der Stadtverwaltung bekannt geworden, wonach die seit vielen Jahren für ein Bürgerhaus vorgesehene Fläche auf verschiedene Referate aufgeteilt und für andere Bebauungen vorgesehen werden soll. Der Laimer Werbe-Spiegel berichtete in Nr. 42 vom **17. Oktober 2007** ausführlich über diese Aufteilungsaktion.

Im BA löste dieses Vorhaben helle Empörung aus. Einhellig erinnerten die Bürgervertreter an den jahrzehntelangen Kampf um ein Bürgerhaus. Einstimmig wurde ein Antrag verabschiedet, den 2. Bauabschnitt für ein Kulturelles Zentrum Laims verstärkt voranzutreiben. Das stadt-eigene Grundstück hinter der Stadtbibliothek sollte dabei auch weiterhin als eine Einheit betrachtet werden. Weiter forderten die BA-Mitglieder die sofortige Aufnahme der Baumaßnahme zumindest in die Dringlichkeitsliste 2 des MIP. Parteiübergreifend war man der Meinung, dass bei der Stadtverwaltung jedes Referat für sich plane, das große Ganze jedoch darüber vergessen werde. Das für Grundstücksfragen zuständige Kommunalreferat wusste damals wieder einmal gar nicht, wie es weitergehen sollte. Es kämen verschiedene Nutzer in Frage, die sich zunächst untereinander einigen und auch die Finanzierung sicherstellen müssten, war die dortige Meinung.

Nahezu zeitgleich beriet die Projektgruppe Grundstücksmanagement unter der Federführung eben dieses Kommunalreferates allerdings bereits über die Möglichkeit einer Kooperationseinrichtung, die die verschiedenen Nutzungswünsche zusammenfassen könnte. Sowohl das Schulreferat als auch das Sozialreferat wollten aufgrund des im 25. Stadtbezirks vorhandenen hohen Kindergarten- und Krippenplatzbedarfs und angeblich fehlender Alternativstandorte schnellstmöglich einen Ersatz für den bestehenden Pavillonbau erstellen.

Auch der 2. Bauabschnitt des Laimer Kulturzentrums stand zur Debatte, wobei allerdings die Finanzierung in Frage gestellt wurde. Auf Antrag des Schulreferates sollte in einer Bauvoranfrage geklärt werden, ob das vorhandene Baurecht für die gewünschten Nutzungen unter Einschluss der kulturellen Bedarfe überhaupt ausreiche. Man war der Ansicht, dass eine Überplanung des gesamten Grundstückskomplexes ohne Bebauungsplan möglich sei. Es wurde weiter angeregt, dass das Schulreferat als Projektverantwortlicher das Baureferat mit einem Vorbescheidsantrag beauftragen soll. Ob das zwischenzeitlich geschehen ist, ist nicht bekannt.

Im Zuge der Planungsüberlegungen wurde auch geprüft, ob die kulturelle Nutzung durch eine Aufstockung des erdgeschossigen rückwärtigen Bibliotheksbaus abgedeckt werden könnte. Dies wurde allerdings aus statischen und gestalterischen Gründen verworfen. Hier rächte es sich, dass die Stadtverwaltung dem CSU-Antrag vom 5. März 1985 nicht gefolgt ist, in dem gerade die Möglichkeit einer Aufstockung angeregt wurde.

Schon am **21. November 2007** war das Kulturelle Zentrum erneut Thema der Berichterstattung im Laimer Werbe-Spiegel. Es ging dabei um eine BA-Sitzung, in der ein Protokoll des „Runden Tisches“ zur Frage der Grundstücksnutzung beanstandet wurde, weil es nach Ansicht der BA-Mitglieder deren Meinung nicht aufgenommen hatte. Auch wurde die Aussage eines Sprechers des Kulturreferates kritisiert, wonach Laim durch die Stadtbibliothek und das Interim als kleines kulturelles Zentrum im Vergleich zu anderen Stadtteilen eine relativ gute kulturelle Infrastruktur habe.

Am **5. März 2008** griff auch Hallo-München das Thema auf, dass Laimer Ortsvereine keinen Platz im Stadtviertel für ihre Arbeit haben. Es wurde über zahlreiche Vereine und Institutionen berichtet, die in Laim keine Räume mehr zur Durchführung ihrer Veranstaltungen finden. Auch hier folgte der Hinweis auf den jahrelangen Kampf um einen Saal in einem Bürgerhaus.

Noch Ende **Oktober 2007** hatte die Laimer SPD- Fraktion im BA auf Initiative von Wolfgang Merkle den Antrag eingebracht dem Historischen Verein Laim e.V. zu Räumen im Stadtteil zu verhelfen ( Anlage 1).

Die Schützengesellschaft Zwölf Apostel München-Laim e.V. trat am **3. April 2008** an den BA-Vorsitzenden Josef Mögele heran mit der Bitte, bei der möglichen Planung für ein Laimer Bürgerhaus die Unterbringung einer Schießsportanlage mit in die Überlegungen einzubeziehen. Diese Schützengesellschaft, die 1980 in der Laimer Gaststätte Huiras gegründet wurde, ist derzeit in der Bezirkssportanlage am Hedernfeld in Hadern untergebracht. Diese dortige Anlage ist allerdings insbesondere für Schüler und Jugendliche kaum erreichbar, da die Anbindung an den öffentlichen Verkehr von Laim aus mehr als schlecht ist.

Das ewige Hick-Hack um die Grundstücke an der Hogenberg-/Kirchmairstraße schlug Kapriolen, sodass von privater Seite allen Ernstes die Errichtung einer Hunde-Tagesstätte in die Diskussion eingebracht wurde.

„**Stadtteil-Parlament tobt**“ titelte der Laimer Werbe-Spiegel am **24. September 2008**, nach einer erneuten Sitzung des Laimer Stadtteilgremiums. Grund dafür war eine Vorlage des Schulreferates, auf den für ein Laimer Kulturzentrum vorgehaltenen Flächen lediglich eine Kooperationseinrichtung für Kinder zu bauen.

Der vorgelegte Bescheid über das Bauvorhaben an der Hogenbergstraße verärgerte die Stadtviertelpolitiker derart, dass sie einstimmig beschlossen, die damit befassten Referate außen vor zu lassen und sich unmittelbar an den Oberbürgermeister zu wenden, da sie sich in ihren Rechten beschnitten fühlten. Dabei wurde ausdrücklich betont, dass Laim auch bessere Kinderbetreuungsstätten brauche, eine Nutzung aber nicht gegen eine andere ausgespielt werden dürfe. Gefordert wurde ein Haus der Generationen, in dem Kinder, Jugendliche und Kulturschaffende im weitesten Sinne zusammengeführt werden könnten. Einstimmig wurde auch beschlossen, das „Kulturelle Zentrum Laim“ vom 3. auf den 1. Rang im MIP vorzusetzen.

Um den Laimer Bürgerwünschen wieder mehr Nachdruck zu verleihen, übernahm es der Historische Verein Laim e.V. in der **Bürgerversammlung am 25. November 2008** einen Antrag zum Komplex Laimer Bürgerhaus zu stellen (Anlage 2).

Dabei wurde gefordert, alle mittlerweile auf drei Referate verteilten betroffenen Grundstücksflächen in ihrer Gesamtheit zu überplanen und dabei die Bedarfe der Kinderbetreuung ebenso zu berücksichtigen wie den großen Mangel an bürgerschaftlichen Einrichtungen. Ferner wurde beantragt, den Bedarf der örtlichen Vereine und Institutionen in einem gemeinsamen Gespräch mit diesen möglichen Nutzern festzustellen. (Der Antrag mit Begründung liegt im Anhang bei).

Dieser Antrag löste ein großes Presseecho aus. Insbesondere die Aussage des Vertreters des Schulreferates wurde zitiert, der auf mehrfaches Nachfragen das kommende Frühjahr (also **Frühjahr 2009**) als Termin für den Abschluss der derzeitigen Bauvolumen-Prüfung nannte. „Dann gehen wir auf den Bezirksausschuss zu und werden die Nutzung gemeinsam abstimmen (SZ vom 27. November 2008)“. Diese Formulierung wurde ausdrücklich auch vom Laimer Werbe-Spiegel am 3. Dezember 2008 unter der Überschrift „**Jung und Alt unter einem Dach**“ gebracht. Auch der Münchner Merkur berichtete mit gleicher Tendenz.

Am **11. Februar 2009** sah der Werbespiegel schon einen „Lichtblick für ein Generationenhaus“, nachdem OB Ude mitgeteilt hatte, dass er es grundsätzlich für möglich halte die der Stadt gehörigen Grundstücke an der Hogenberg- und Kirchmairstraße für ein Haus zu nutzen, das Kindern und kulturellen Belangen dient. Dazu müsse allerdings die Planung modifiziert werden.

OB Ude betonte weiter, die Variante „Kooperationseinrichtung mit kulturellen Nutzungen“ werde einem neuen Vorbescheid zugrunde gelegt. Die Laimer Lokalpolitiker blieben allerdings skeptisch. Nicht einmal Udes Versprechen, nach Vorliegen einer genehmigungsfähigen Planung werde ein weiterer runder Tisch mit dem BA 25 im Kulturreferat stattfinden, stellte sie zufrieden. Der BA wollte nicht erst zu einem runden Tisch eingeladen werden, sondern bestand auf einer laufenden Unterrichtung.

Für den **19. Februar 2009** wurden vom Bezirksausschuss die Laimer Vereine und Initiativen zu einem Gespräch eingeladen, in dem nochmals die Bedarfe abgefragt werden sollten. Dabei waren mehr als dreißig Vereine eingeladen, jedoch nur sieben nahmen den Termin wahr, der allerdings kurz vor Faschingsende nicht besonders günstig gewählt war. Diese anwesenden Vereine brachten aber ganz klar ihre Forderungen zu Ausdruck, die allerdings nicht neu waren, sondern die Diskussion auch schon in den letzten Jahren beherrschten.

BA-Vorsitzender Josef Mögele glaubt, dass in den nächsten zwei bis zweieinhalb Jahren der BA gemeinsam eine „Absichtserklärung“ mit der Stadt mit fertigen Plänen haben werde. Die Inhalte der Diskussion und die neuerlichen Raumwünsche wurden in einem Protokoll festgehalten und an die Stadtverwaltung weitergeleitet.

LAIM online wies in seiner Berichterstattung insbesondere auf die Raumwünsche des Historischen Vereins Laim e.V. und der Schützengesellschaft Zwölf Apostel e.V. hin. Letztere beklagt bereits einen Mitgliederschwund durch die abgelegene Unterbringung in der Sportstätte am Hedernfeld in Hadern. Auch die Süddeutsche Zeitung berichtete am 23. Februar 2009 ausführlich über den Verlauf dieser Sitzung.

Die Wünsche der Laimer Schützengesellschaft fasste deren 1. Schützenmeister Thomas Kreuzer am **21. April 2009** in einem Schreiben an das Sportamt mit Abdruck an den Stadtdirektor des Schulreferates nochmals zusammen und bat um Berücksichtigung von Räumen bei der anstehenden Planung, wobei er sich durchaus eine Unterbringung im für andere Nutzungen meist ungeeigneten Keller- bzw. im Dachgeschoss vorstellen könne. Die Stadträte Verena Dietl und Otto Seidl erhielten Abdruck dieses Schreibens mit der Bitte um Unterstützung.

Am **15. Mai 2009** befasste sich der Unterausschuss Kultur des BAs 25 wieder einmal mit der Problematik „Bürgerhaus“. Dabei wurde von einem **guten Gespräch mit dem Kulturreferat** berichtet, das mittlerweile auch ein Raumprogramm erstellt hat. Dieses Raumprogramm wurde dem federführenden Schulreferat und dem Baureferat zugeleitet.

Das Programm entspricht in etwa den Vorstellungen des BA, wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt sind. Vom Schulreferat liegt ein entsprechendes Programm trotz Zusage des Vertreters in der letztjährigen Bürgerversammlung bisher immer noch nicht vor. Behandelt wurde auch die Frage der Gründung eines Laimer Kulturvereins, der sich um den Betrieb des künftigen Vereinshauses kümmern sollte. Hierbei ist allerdings darauf zu achten, dass zwischen einem derartigen Veranstaltungsverein und dem Interim keine Konkurrenzsituation entstehen dürfe; im Gegenteil wäre eine enge Zusammenarbeit für beide Bereiche von enormer Wichtigkeit.

Am **17. November 2009** stand wiederum eine Bürgerversammlung an. Als Antragsteller in der letztjährigen Bürgerversammlung und als Vertreter des Historischen Vereins Laim erhielt der Verfasser dieser Chronik am 9. November 2009 vom Direktorium der Landeshauptstadt München Hauptabteilung II BA-Geschäftsstelle für die Bezirksausschüsse 20, 21, 22, 23, 25 folgende Nachricht:

**Trotz mehrmaliger Mahnung von Seiten der BA-Geschäftsstelle konnte die Bearbeitung der Empfehlung durch das federführende- Schul- und Kultusreferat noch nicht abgeschlossen werden; bis zur endgültigen Erledigung bitten wir daher noch um etwas Geduld.**

Nachdem auch im Februar 2010 noch keine Äußerung des Schulreferates vorlag, wandte sich der Historische Verein Laim e.V. am **22. Februar 2010** an **Oberbürgermeister Christian Ude** (Anlage 3). Mit dem Schreiben, dem der Antrag vom 25. November 2008 beilag, wurde in Kurzform nochmals das damalige Anliegen, das von der Bürgerversammlung einstimmig beschlossen wurde, vorgetragen. In diesem Schreiben verwies der Historische Verein auf § 2 Abs. 4 der „Satzung über die Abhaltung von Bürger- und Einwohnerversammlungen, wonach Anträge von Bürgerversammlungen innerhalb einer Frist von drei Monaten vom Stadtrat oder dem zuständigen beschließenden Ausschuss zu behandeln sind. Abschließend bat der Historische Verein den Oberbürgermeister, die Planungen für den 2. Bauabschnitt im Interesse der Laimer Vereine kräftig anzuschieben.

Die Schützengesellschaft Zwölf Apostel erhielt nach massiver Intervention von Stadtrat Otto Seidl schon am **12. März 2010** eine Antwort vom Sportamt auf ihr Schreiben vom 21. April 2009 (!). Darin entschuldigt sich das Amt für die lange Bearbeitungszeit.

Das Sportamt teilte aber lediglich mit, dass das damalige Schreiben zur weiteren Bearbeitung an das Zentrale Immobilienmanagement des Schul- und Kultusreferates weitergegeben wird mit der Hoffnung, dass für den Schützenverein eine zufriedenstellende Lösung gefunden werden kann. Nach elf Monaten ist diese Aussage schon eine reife Leistung der Stadtverwaltung.

Mittlerweile liegt auch eine Antwort von der Verwaltungsabteilung des Direktoriums zum Schreiben des Historischen Verein Laim e.V. an den Herrn Oberbürgermeister wegen der Behandlung des Bürgerversammlungsantrages aus der Bürgerversammlung von 2008 vor. Eine unmittelbare Antwort war das Schreiben dem Oberbürgermeister offensichtlich nicht Wert. Leider wird das Schreiben des Historischen Vereins an den Herrn Oberbürgermeister auch nur an das federführende Schulreferat weitergeleitet, an das Referat, das seit eineinhalb Jahren die Antwort auf den Bürgerversammlungs-Antrag vom 25. November 2008 schuldig blieb. Zur Frage der satzungsgemäßen Behandlung eines Bürgerversammlungsbeschlusses innerhalb von drei Monaten in einem Ausschuss oder in der Vollversammlung des Stadtrates keine Silbe (Anlage 4).

So werden Bürgerversammlungen und ihr Beschlüsse ad absurdum geführt. Es werden wohl einige weitere Jahre und weitere Bürgerversammlungen vergehen, bis endlich Klarheit über die Errichtung bzw. Nichterrichtung eines Bürgerhauses in Laim herrscht.

Wenn sich Bürger, Bezirksausschuss, Stadtrat und Oberbürgermeister in der Sache einig sind, wo bitte sitzen dann die Bremser, wenn selbst die SPD-Fraktion im Münchner Stadtrat in bester Absicht die beteiligten Referate nicht an einen Tisch bringen konnte ?

Die Laimer Bürger und die politischen Gremien wird die Frage des Laimer Bürgerhauses sicher auch in Zukunft noch länger beschäftigen, bevor irgendwann einmal eine erste bürgerschaftliche Nutzung erfolgen kann.

Wahrscheinlich wird es dann heißen:

**In Laim dauert alles 40 Jahre.**

- Anlage 1 Antrag der Laimer SPD-Fraktion im BA Laim
- Anlage 2 Antrag des Historischen Verein Laim e.V. zum Laimer Bürgerhaus
- Anlage 3 Brief des Historischen Verein Laim e.V. an OB Christian Ude v. 22.02.2010
- Anlage 4 Schreiben der Verwaltungsabteilung D-II-V2 v. 04.03.2010